WP-01-K3-473

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	05.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 472 bis 474 einfügen:
entscheiden können, wo und wie sie wohnen. Auch deshalb wollen wir den Ausbau inklusiver Wohnformen vorantreiben und fördern und die Beratung dazu verbessern. **Bei Neubauten planen wir Barrierefreiheit von Anfang an mit. Den entsprechenden Umbau bestehenden Wohnraums wollen wir mit einem weitgehend kostendeckenden Zuschuss erleichtern.** Hürden, die das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung einschränken,

Begründung

Derzeit fehlen in Deutschland etwa zwei Millionen barrierefreie Wohnungen (Stand: Sommer 2023). Bis 2035 rechnet das Institut der Deutschen Wirtschaft mit 3,7 Millionen fehlenden barrierefreien Wohnungen, die auch wegen des demografischen Wandels immer mehr benötigt werden.

https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wohnen/viel-zu-wenige-barrierefreie-wohnungen-in-deutschland-18825989.html

Der vdk NRW sieht sogar eine noch größere Deckungslücke angesichts von rund 1 Million barrierefreier Wohnungen, die jedoch 7,8 Millionen Menschen mit anerkannter Schwerbehinderung entgegen stehen.

https://nrw.vdk.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung/bezahlbare-und-barrierefreie-wohnungen-bleiben-mangelware/

Deswegen brauchen wir dringend mehr barrierefreie Wohnungen, was von vorherein selbstverständlicher Teil der Planung sein sollte.

Aber es ist auch klar: Nur über Neubau können wir die Deckungslücke auf keinen Fall alleine schließen. Deswegen sollten wir es einfacher und attraktiver machen, Bestandswohnungen barrierefrei umzubauen. Dies kostet nach Schätzungen von Fachverbänden im Schnit 16.000 Euro (Stand 2023), inzwischen vermutlich noch mehr. Für viele ist das nicht allein zu stemmen.

Bestehende Förderungen beschränken sich teilweise auf Empfänger der Eingliederungshilfe und schließen damit Menschen aus, die nicht arbeitsfähig sind. Andere Optionen sind lediglich auf Darlehensbasis im Rahmen der Förderprogramme der Länder. Hier wird jedoch auf Eigenkapital und gute Bonität (Schufa-Score) gebaut, was viele Menschen mit Behinderung nicht bieten können.

Deshalb fordern wir ein einfacheres Verfahren auf Zuschussbasis, dass allen offen steht und die Kosten weitgehend deckt.